Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 99. **Mittwoch, den 26. Juni.** 1867

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten ersuchen wir ergebenst, unser Blatt gefälligst rechtzeitig auf der Post bestellen zu wollen.

Die Redaktion.

Folgende Chronik der Kriegsereignisse:

15. u.16. Juni: Einmarsch der Preußen in Hannover: General v. Manteuffel.
17. Juni; Einmarsch der Preußen in Sachsen: General Herwarth von Bittenfeld und die 1. Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl.
17. Juni: Einzug der Preußen in die Hauptstadt Hannover: General Vogel von Falkenstein.
18. Juni: Einzug der Preußen in Dresden: General Herwarth
19. Juni: Einzug der Preußen in die Hauptstadt Kassel: General v. Beyer.
" " Leipzig von den Preußen besetzt.
23. Juni: Einmarsch des Prinzen Friedrich Karl (1 Armee) auf den Straßen von Zitttau und Görlitz in Böhmen und Vormarsch auf Reichenberg.
" " Einmarsch der Elbarmee unter General Herwarth von Bittenfeld von Dresden her auf dem rechten Elbufer in Böhmen und Vormarsch über Böhmisch Leipa.
26. Juni: Gefechte bei Liebenau, Turnau und Podol.
" " Einmarsch der 2. (schlesischen) Armee unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm in Böhmen, theils von der Grafschaft Glatz aus über Reinerz, Lewin und Nachod, sowie über Neurode und Brunau; theils auf der Landshuter Straße bei Liebau.

Landtag.

Berlin, den 24. Juni. Heute Nachmittag 3 Uhr hat im weißen Saale des königlichen Schlosses der Schluß der außerordentlichen Session der Kammern im Auftrage Sr. Majestät des Königs durch den Finanzminister Freiherr v. d. Heydt stattgefunden. Die Betheiligung der Mitglieder beider Häuser war keine besonders zahlreiche. Die vom Finanzminister verlesene Schlußrede lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

Seine Majestät der König haben mir den Auftrag zu ertheilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtages der Monarchie in Allerhöchstihrem Namen zu schließen.

Die Regierung Seiner Majestät erkennt es mit lebhaftem Danke an, daß das Herrenhaus mit Einstimmigkeit, das Abgeordnetenhaus mit weit überwiegender Mehrheit die Zustimmung zu der Verfassung des norddeutschen Bundes ertheilt haben.

In der Bereitwilligkeit, mit der die beiden Häuser dabei unter Ueberwindung entgegenstehender Bedenken auf einen Theil ihrer bisherigen Rechte verzichtet haben, ehrt die Regierung seiner Majestät eine neue Bewährung des deutschen Sinnes und der patriotischen Hingebung, welche das Erbtheil des preußischen Volkes sind, und auf welchen Preußens Beruf für Deutschland begründet ist.

Durch die Zustimmung der preußischen Landesvertretung zur Errichtung des norddeutschen Bundes sind nunmehr alle Vorbedingungen für die Geltung der Verfassung desselben in Preußen erfüllt. Die Verkündung der Bundesverfassung wird unverweilt und gleichzeitig in allen verbündeten Staaten erfolgen.

Somit wird der nationalen Entwickelung Deutschlands der neue Boden bereitet sein, den fruchtbringend zu machen sich alle patriotische Kräfte vereinigen werden.

Das preußische Volk aber wird auf die Neugestaltung Deutschlands um so mehr mit Genugthuung blicken können, als dieselbe den Keimen entsprossen ist, welche in Preußen in Gemeinschaft zwischen Fürst und Volk fort und fort gepflegt worden sind.

Während Norddeutschland nunmehr einen eng verschmolzenen Staatenverein bilden wird, soll die nationale Gemeinschaft, welche zum Schutze deutschen Gebiets bereits gesichert war, auch auf das wirthschaftliche Leben des deutschen Volkes ausgedehnt und der Zollverein, dessen Gründung einst den Beginn der einheitlichen Entwickelung Deutschlands bezeichnete, mit den Lebensbedingungen des norddeutschen Bundes in Einklang gesetzt werden.

Dank der Mäßigung und Friedensliebe aller Mächte ist es gelungen, die friedliche Entwickelung der europäischen Verhältnisse vor Störungen zu bewahren; die freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen Seiner Majestät dem Könige und den Monarchen mächtiger Nachbarstaaten gewähren der allseitigen Zuversicht auf die Dauer eines segenbringenden Friedens ein wichtiges Unterpfand.

Der Wunsch und das Streben der Regierung Seiner Majestät wird fort und fort darauf gerichtet sein, die Bedeutung und die Macht des neu gekrätigten Staatswesens vornehmlich in der Sicherung der Segnungen des Friedens zu bewähren.

Im Namen Seiner Majestät des Königs erkläre ich die Sitzungen des Landtages für geschlossen.

Die Versammlung trennte sich mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den König.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauss am 24. d. waren die Bänke stärker besetzt, als man erwartet hatte. Vor der Tagesordnung verlas der Finanzminister eine königliche Botschaft, nach welcher die Häuser des Landtags heute durch den Finanzminister v. d. Heydt geschlossen werden. Die Häuser werden zu dem Ende um 3 Uhr im Weißen Saale zusammentreten. Der

---

— **Zur Geschichte der Inquisition.** Daß sich auf der Liste der Verstorbenen, welche der Papst bei dem nächstens in Rom stattfindenden Kirchenfeste in den Stand der Heiligen erheben will, auch der Name des einstmaligen Inquisitors Don Pedro Arbues de Exila, blutgierigen Andenkens, befindet, hat in dem freisinnigen Theile der katholischen Welt eine nicht geringe Sensation hervorgerufen. Ob mit dieser Heiligsprechung wirklich eine Meinung ausgedrückt, ob sie — was Manche noch bezweifeln wollen — eine Demonstration des heutigen Papstthums zu Gunsten der Inquisition sein soll, darüber giebt uns ein Artikel der „Allg. Z.", welcher einer Redactionsnotiz zufolge, „von einem namhaften katholischen Gelehrten" herrührt, die nachfolgenden interessanten Aufschlüsse:

„Die Inquisition ist nur ein Ausfluß der mittelalterlichen kirchlich=politischen Ordnung. Wie sehr man aber in Rom nichts vergißt und nichts lernt, und darum immer wieder, wo es nur möglich ist, die Restauration jener Ordnung betreibt, dies beweist u. A. auch das 1863 mit den südamerikanischen Freistaaten abgeschlossene Concordat, dessen achter Artikel dahin lautet: daß die weltliche Behörde j e d e von den geistlichen Gerichten verhängte Strafe u n w e i g e r l i c h zu vollziehen habe.

Daß die Inquisition ein preiswürdiges und zur Vollständigkeit der kirchlichen Einrichtung gehöriges Institut sei, dies war von jeher und ist auch heute noch die herrschende Ansicht in Rom. Mehr als fünfzig Päpste haben sich in der feierlichsten und bestimmtesten Weise über die Vorzüge desselben ausgesprochen; im Kirchenstaat wurde es, wenn es einmal unterdrückt war, wie zur Zeit der Napoleonischen Herrschaft und der Republik, mit der Wiederkehr des Papstes (1815 und 1850) sogleich wieder hergestellt. Da die römische Kirche Muster und Vorbild für alle andern Kirchen des katholischen Erdkreises sein will, so kann sie den Mangel der Inquisition bei diesen nur als eine Unvollkommenheit in dieser Organisation betrachten, die allenfalls noch ertragen, aber niemals gebilligt werden kann. Alles, was man der Inquisition zur Last legt, wird entweder für Mißverstand oder Verleumdung erklärt, oder soll auf einer sträflichen Verkennung gewisser Wahrheiten beruhen. So spricht man sich in Rom in approbirten Büchern aus.

Aus der Pflicht des Papstes, für das Seelenheil der Gläubigen zu sorgen, folgert z. B. Devoti in seinem für classisch erachteten Lehrbuch des Kirchenrechts „die Einsetzung der Inquisition, von der allgemein bekannt sei, wie viel Gutes sie brachte, und wie viel Böses sie abwendete." Die „Civiltà Cattolica" erblickt in der allgemeinen Abneigung gegen die Inquisition nur ein Symptom der allgemeinen Geistesverwirrung: Gehorsam ohne Prüfung ist, wie sie unermüdlich predigt, das einzige Rettungsmittel für die kranke Menschheit. Wer die Inquisition, diese rein päpstliche Schöpfung, nur mit kritischen Augen betrachtet, der ist schon auf dem Wege zum Verderben. Wer die Zwangsgewalt der Kirche bestreitet, wer bedenklich findet, daß die Kirche ihren Excommunicationen durch Leibes= und Lebensstrafen Nachdruck giebt, der ist ein Rebell gegen Gott, mag er Philosoph oder Theolog, Katholik sein. (1854. VIII. 282.)

Die Journale von entschieden ultramontaner Haltung diesseits der Alpen, wie in Frankreich „Monde" und „Univers", und wie das in Deutschland erscheinende „Archiv für Kirchenrecht von Moy und Vering", nehmen die Inquisition entschieden in Schutz. Ja, in dem achten Bande des letztern befindet sich ein Artikel aus der Feder eines Professors Dr. Martens am bischöflichen Seminar zu Pelplin über die dogmatische Begründung der peinlichen Bestrafung der Ketzer (S. 201 f.). Hier wird der Bulle Leo's X. gegen Luther gedacht, und daraus der Beweis geführt, daß es nach päpstlichem Ausspruch ein Werk des heil. Geistes sei, Ketzer zu verbrennen. Es thue noth, meint der Verfasser, diese Wahrheit gegenüber dem falschen Liberalismus der Zeit einzuschärfen. Dazu ist nun die Kanonisation von Inquisitoren allerdings ein sehr wirksames Mittel; denn jedem dieser neuen Heiligen wird eine eigene Messe und ein eigenes Officium im Brevier gewidmet, so daß mindestens der Clerus sich von Zeit zu Zeit an das heilsame Institut der Inquisition erinnert findet.

Und wie die allerneuesten Vorgänge wiederholt zeigen, ist man in Rom auch nicht lässig in der Handhabung dieses Mittels. Nachdem uns vor einem halben Jahre die in Aussicht stehende Kanonisation des Kanonikus Arbues angezeigt wurde, folgte in wenigen Wochen eine andere ähnliche Kundgebung. Der Cardinalbischof Patrizi erließ ein vom Papst bestätigtes Decret seiner Congregation, welches die Inquisitoren, die 1242 in Avignon ermordet wurden, für selig und der öffentlichen Verehrung auf den Altären für würdig erklärt. Darin heißt es: „da die Päpste stets und überall die Ketzerei auszutilgen beflissen gewesen, so habe Gregor IX. einige Inquisitoren in das Tolosanische Gebiet geschickt, welche, während sie dort ihrem Amt mit gebührendem Eifer und Fleiß oblagen (d. h.

Bericht der Petitionskommission über die Petition des Handels- und Gewerbevereins für Rheinland und Westfalen, betreffend die Beschwerden über das Servis- und Einquartierungswesen, gab zu erheblichen Erörterungen nicht Veranlassung. Es sprachen der Abg. v. Carlowitz und der Regierungskommissar, welcher die Beschleunigung der Vorarbeiten für die betreffende Gesetzgebung zusagte. Der Antrag der Kommission auf Ueberweisung wurde angenommen. Der Präsident gab hierauf einen Ueberblick der gesetzgeberischen Thätigkeit der außerordentlichen Session, sprach den Wunsch aus, daß die angenommene Bundesverfassung dem deutschen Vaterlande zum Segen gereichen möge, und brachte dann ein dreimaliges Hoch auf den König aus, mit welchem die Sitzung schloß.

Die Sitzung des Herrenhauses begann um 11 Uhr. Am Ministertische befanden sich Graf Itzenplitz und Graf zur Lippe, sowie die Regierungskommissarien Dr. Eck, Dr. Friedberg und v. Hennig; später erschien auch der Finanzminister v. d. Heydt. Zunächst erfolgte die zweite Abstimmung über die norddeutsche Bundesverfassung; sämmtliche 118 anwesende Mitglieder des Hauses stimmen in namentlicher Abstimmung mit Ja. — Die nächsten Gegenstände der Tagesordnung: Schlußberathung über die Gesetze, betr. die Erhebung der Maischsteuer im Kreise Wetzlar, betr. die Besteuerung des Branntweins im Jadegebiet, so wie die Decharge-Ertheilung über den 17. Bericht der Staatsschulden-Kommission werden nach kurzer Motivirung seitens der betr. Referenten durch Annahme erledigt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnnng ist der Bericht über den Gesetzentwurf betreffend die Aufheder Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes bei Darlehen, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigenthum verpfändet wird. Die Kommission beantragt mit 8 gegen 2 Stimmen die Ablehnung des Gesetzes. Der Referent Dr v. Daniels motivirt diesen Antrag in längerer Ausführung, in welcher er die im Kommissinnsbericht niedergelegten Gründe reproduzirt. Ein dringendes Bedürfniß für den Grundbesitz zur Annahme des Gesetzes liege nicht vor; derselbe werde vielmehr geschädigt werden, da im Falle der Annahme des Gesetzes massenhafe Hypotheken-Kündigungen und eine unverhältnißmäßige Erhöhung des Zinsfußes erfolgen würde. Durch eine Verbesserung der Hypotheken-Ordnung, wodurch die Uebertragbarkeit 2c. der Hypotheken erleichtert werde, würde am Besten der Kalamität abgeholfen werden. Während dieser Rede, die länger als 2 Stunden dauerte, herrschte im Hause die größte Unruhe. Finazminister v. d. Heydt verliest darauf die königliche Botschaft, wonach der Schluß des Landtages heute Nachmittag 3 Uhr im Weißen Saale verkündet werden soll. Der Präsident ersucht die folgenden Redner, sich möglichst kurz zu fassen, da die Sitzuug um 2 Uhr geschlossen werden müsse. Es spricht sodann für den Kommissionsantrag Herr v. Meding. Nachdem Herr v. Meding fast 1 Stunde gesprochen, wird von liberaler Seite der Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht; Herr von Bernuth spricht für den Schluß, Herr v. Senfft-Pilsach dagegen; die Sache müsse gründlich erwogen werden, zu Ende werde man doch nicht mehr damit kommen. — Der Schluß wird abgelehnt; Herr Dr Dernburg, der gegen den Kommissionsantrag eingeschrieben, erklärt: „In dieser Diskussion strecke ich die Waffe." — Minister Graf Itzenplitz spricht sein Bedauern aus, daß das Herrenhaus die Sache nicht erledigt habe. — Herr v. Senfft-Pilsach stellt den Antrag auf Vertagunn der Sitzung; Herr v. Bernuth erklärt denselben für unzuläßig. Herr v. Kleist-Retzow spricht für Schluß der Sitzung; auch der Präsident Graf Stolberg hält dies der vorgerückten Zeit wegen für nöthig.

Hr. v. Frankenberg-Ludwigsdorf spricht dem Präsident den Dank der Versammlung aus; dieser schließt die Sitzung um 2 Uhr mit einem Hoch auf den König.

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Es scheint festzustehen, daß der Präses der Abtheilung für Marienangelegenheiten, General-Lieutenant v. Rieben, nach der Feier seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums seinen Posten verlassen werde. Bekanntlich ist seit langer Zeit die Forderung gestellt, daß für die Marienangelegenheiten ein besonderes Ministerium, abgesondert von dem Kriegsministerium, gebildet werde. Ob dieser Forderung entsprochen werden wird, steht noch dahin. Jedenfalls aber darf man wohl erwarten, daß wenigstens der Präses der Marineabtheilung ein Fachmann ist. General-Lieutenant v. Rieben, der unter dem Ministerium Manteuffel ernannt ist, hat, wie schon mehrfach bei den verschiedensten Gelegenheiten hervorgehoben ist, nicht die Fachkentnisse, welche man von einem Leiter der Marienangelegenheiten zu erwarten berechtigt ist. Ein Artikel der „Wes.-Ztg." wiederholt die Klage, daß in Marienangelegenheiten der Stimme der Fachmänner noch immer nicht die gebührende Berücksichtigung zu Theil werde, und führt folgende Belege dafür an: Vom 27. März 1865 ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Marine, datirt. In den Motiven heißt es: „Nach den angestellten Untersuchungen eignet sich die, Friedrichsort zunächst gelegene Bucht des Kieler Hafens vorzugsweise zu einer solchen Flottenstation, da, abgesehen von den günstigen Wasserverhältnissen das an dem Ufer anzulegende Etablissement einem Bombardement von den Seeseite entzogen, auch gegen ein solches von der Landseite mit verhältnißmäßig geringen Kosten sichergestellt werden kann." Daß Preußen, so lange nur Schleswig, nicht auch Holstein in seinem Besitze war, die Anlage des Marine-Etablissements auf der nördlichen schlesw. Küste der Kieler Bucht beabsichtige, ist natürlich. Der Prager Friede, welcher auch Holstein in preuß. Besitz brachte, machte diesem Stande der Dinge ein Ende. Die sog. Befestigung-Commission, an deren Spitze der General Molke stand, stattete nach Besichtigung der Localitäten einen Bericht ab, in welchem ganz entschieden der Herstellung des Marine-Etablissements im Innern der Kieler Bucht bei Ellerböck das Wort geredet wurde. Nichtsdestoweniger wurde unter Beibehaltung des früheren Projektes in dem Marine-Etat fnr 1867 die Summe von 500,000 Thlrn. für Anlage und Befestigung des Marine-Etablissements verlangt. Bei der Berathung des Etats im Abgeordnetenhause am 12. Dec. 1866 constatirte Hr. v. Vincke (Olbendorff), daß bereits die vom 8. bis 20. Nov. 1865 in Kiel versammelt gewesene Immerdiatcommission, bestehend aus Autoritäten des Generalstabes, des Ingenieurcorps, der Marineartillerie und einem Infanteriegeneral sich in rein maritimem Interesse für Ellerböck ausgesprochen habe. Bei der Frage, ob auch mit Rücksicht auf die fortificatorischen Interessen llerböck vorzuziehen sei sprach nur der Infanteriegeneral für Friedrichsort. Ganz unbegreiflich ist, daß bis zum 11. Dec. 1866 kein Techniker des Marineministeriums über die Frage zu Rathe gezogen worden war. Die Marinecommission des Abgeordnetenhauses schlug vor, die halbe Million Thaler zu bewilligen, unter der Bedingung, daß die Frage Friedrichsort oder Ellerböck noch einmal geprüft werde. Der Marineminister nahm wohl oder übel die Bedingung an. Aber erst Ende März oder Anfangs April 1867 trat unter Vorsitz des Kronprinzen eine neue Commission zusammen, in welche dieses Mal auch, und zwar zum ersten Male Fachleute berufen wurden. Die Commission hat diese hochwichtige Frage in einer einzigen Sitzung fast ohne alle Discussion zu Gunsten Ellerböcks entschieden. — Das gegen Ellerböck erhobene Bedenken, seine Lage auf holsteinischem, also bis zum Prager Frieden österreichischem Boden, war schon seit dem 14. August 1865, d. h. seit dem Abschlusse der Convention von Gastein, durchaus gruudlos Jahre sind verloren worden in nutzlosen Discussionen. Seit dem Herbst 1866 ist sogar ein Hafenbaudirector (Martini) ernannt. Seit dem April liegt der Bericht der letzten Kommission an höchster Stelle zur Beschlußfassung vor. Das Geld ist bewilligt, die zu den Bauten geeignete Jahreszeit ist schon theilweise verstrichen. Und Alles das, weil man sich in Berlin nicht entschließen kann, über Marineangelegenheiten Fachleute entscheiden zu lassen. — Noch eclatanter tritt dieser Uebelstand hervor bei der Anlegung des schwimmenden Docks in Swinemünde. Daß das Dock in Swinemünde und nicht in dem Kriegshafen der Ostsee, an der Flottenstation in Kiel angelegt wird, ist durchaus unbegreiflich. Die Flottenstation in Kiel, das schwimmende Dock in Swinemünde und die Werfte in Danzig! Nach den von dem Geh. Admiralitätsrath Jacobi in der Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 11. Dec. v. J. gegebenen Erläuterungen wird das Dock im Stande sein, Schiffe von 18 Fuß Tiefgang und 2508 Tons aufzunehmen. Warum wird das Dock nicht in Kiel und in der Größe angelegt, daß die preußische Regierung nicht mehr genöthigt ist, die Panzerfregatten in englischen Docks ausbessern zu lassen? Einer Vergrößerung des bei Borsig in Berlin bestellten Docks steht kein practisches Hinderniß entgegen. Für die Anlage des Docks bei Swinemünde ist die Ansicht des Infanteriegenerals und eines jungen Marineofficiers, nicht aber die der Fachleute gehört worden. Die Bauten bei Swinemünde haben bereits etwa 30—40,000 Thlr. gekostet und werden unbegreiflicher Weise noch immer fortgesetzt.

— Ein Antrag, dem Ministerpräsidenten v. Bismarck das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu ertheilen ist im Magistrat abgelehnt. Der „Spen. Z." geht darüber folgende Mittheilung zu: Es wurde von verschiedenen Seiten darauf angetragen, über das Resultat des Beschlusses Amtsverschwiegenheit zu beobachten, inzwischen lehnte der Vorsitzende, Bürgermeister Hedemann, eine Proclamation dieser Art ab. In der Discussion wurde einerseits namentlich hervorgehoben, daß der Staat bereits die Verdienste des Ministerpräsidenten anerkanne habe, daß die Stadt dies nur thun dürfe, wenn besondere Verdienste um dieselbe vorlägen. Dies könne man nicht zugestehen, vielmehr habe sich der Ministerpräsident durch seine Mitwirkung bei der Nichtbestätigung der Stadträthe, bei der Preßverordnung, bei der Duldung polizeilicher Uebergriffe, durch die Erlasse von Resoluten, weche der Stadtkasse die größten Opfer aufgelegt haben, gerade nicht als ein Freund des Bürgertnums gezeigt. Andererseits wurde darauf hingewiesen, daß durch die Organisation des Norddeutschen Bundes Berlin alle Ursache habe, dem Manne zu danken, der so Großes geschaffen, daß die Stadt Berlin als die Hauptstadt einer so großen Vereinignng in Deutschland die erste Stelle einnähme und eben deshalb nach vielen Richtungen hin bevor-

---

Andersgläubige zum Feuertod verurtheilten), von den Ketzern überfallen nnd ermordet wurden, weßhalb man sie allgemein für heilig gehalten habe."

Inocenz XI., durch viele Tugenden ausgezeichnet und darum der Kanonisation selbst für würdig erachtet, die aber für ihn so wenig wie für den Bischof Palafox von Mexico wegen der Umtriebe der Jesuiten, deren Gegner sie waren, durchgesetzt werden könnte, nahm während seiner Regierung keine einzige Heiligsprechung vor, und mahute, mit derselben überhaupt sparsam und sorgfältig zu Werke zu gehen. Statt dieser weisen Mahnung zu folgen, müssen wir nun im Gegentheil erleben, daß man selbst die unheimlichen Gestalten der Inquisitoren als leuchtende Vorbilder christlicher Gesinnung und That auf die Altäre stellt. Wäre es nicht dem Sinne des Evangel'ums angemessener, wenn man vielmehr eine feierliche Abschaffung der Inquisition bei dem demnächstigen großen Kirchenfest in Rom vornehmen würde? . . . Doch, wenn wir die Freunde dieses Instituts hören, so ist das düstre Bild, das man von demselben erwirft, nicht der historischen Wahrheit entsprechend. Philipps z. B. sagt: daß man sehr unverdient ihm zuweilen den Vorwurf eines besonders streugen Verfahrens gemacht habe; gerade das Gegentheil davon sei wahr. (K.-R. VI. 597.) Und ungefähr ebenso spricht sich neuerdings Bischof Martin von Paderborn in seinem „Bischöflichen Wort an die Protestanten Deutschlands" aus. Ja, dieser läßt sich von Balmes bezeugen, daß das Inquisitionstribunal in Rom nie eine Cap.talstrafe vollziehen ließ, daß hier keine Schaffote für Verbrechen gegen die Religion errichtet worden seien, und die Päpste keinen Tropfen Bluts vergossen hätten. Wie schlecht hat sich da der Herr Bischof unterrichten lassen!"

(Deutsche Blätter.)

— **Sprachschwierigkeiten bei einem slavischen Festdiner.** Aus Moskau berichtet die „Petersb. Z." von dem Feste, das die Damen Moskaus den „slavischen Gästen" gaben: Unter den Festordnerinnen nannte man mir eine Frau v. Wisin, eine Fürstin Trubezkoi und deren Mutter, eine Fürstin Tschetwertinski. Die Fete fand außerhalb Moskaus in einem Landhause statt. Anfänglich war der gegenseitige Verkehr zwischen Festgeberinnen nnd Gästen ein ziemlich gezwungener. Unsere „Brüder" sind sehr liebenswürdige Leute, große Publicisten – so schreibt man der „Petersb. Z." — Gelehrte und Redner, aber das glatte Parquet ist nicht ihre Heimath. Dazu kam noch, daß hier, wo den Sprachkenntnissen jedes Einzelnen auf den Zahn gefühlt wurde, sich sehr große Lücken ergaben. Bei den Herrendiners fiel das bisher weniger auf, jede Curie hatte ihren Sprecher, und diese leisteten ihr Mögliches. Russisch verstanden die Wenigsten, mit dem Französischen giug es ebenfals sehr holperig, und endlich faßte sich die liebenswürdige Wirthin, Frau von Wisin, ein Herz und fing an deutsch zu sprechen. Damit war das Eis gebrochen und sehr ungenirt floß nun die Unterhaltung, besonders nachdem der Thee gereicht worden war.

— **Eine nationale Seewarte.** Der Director der großh. oldenb. Navigationsschule in Elsfleth, W. v. Freeden, durch den Tod seines Schwiegervaters in eine materiell unabhängige Lage gelangt, will seinen amtlichen Posten aufgeben und seine bedeutende, jugendliche rüstige Kraft in freier Thätigkeit den maritimen Interessen Deutschlands widmen. Sein nächster Plan ist, eine nationale Seewarte zu errichten. Dieselbe soll in Hamburg errichtet werden, als dem Sammelplatz der größten Schiffsbewegung auf dem Continent. Ihre Aufgabe würde sein, auf Gewinnung und Innehaltung der richtigen Linien zwischen je 2 Punkten am Ocean hinzuwirken, also Maury's berühmte sailing directions theils fortzuführen, theils für Deutschland brauchbarer zu machen. Unter Mitwirkung der Rheder, die dem ihnen so viel Nutzen versprechenden Unternehmen ja wohl nicht fehlen würde, hätte das Institut Regeln über die Führung der Logbücher auszuarbeiten und den Capitainen danach eingerichtete Logbücher mitzugeben, die ausgefüllten Logbücher aber nach Beendigung der Reise wieder in Empfang zu nehmen und für seine Linienkarten zu benutzen. Nicht minder wäre die Sorge des Instituts, über die beständige Brauchbarkeit der auf den Schiffen geführten Beobachtungswerkzenge aller Art zu wachen. Auf diese Weise würde der wissenschaftliche Sinn, der in deutschen Schiffs-Capitainen mehr als allen andern steckt, nicht allein erst wirklich ausgebeutet, sondern auch frisch belebt und allmälig über den ganzen Stand verbreitet werden. Die beiden älteren, der Schiffahrt gemidmeten Anstalten Hamburgs, die deutsche Seemannsschule am Reihersteig und die „Hansa", unser Nautical Magazine, würden von der Seewarte unmittelbar die dankeuswertheste Förderung erfahren. Das schöne Unternehmen des Hrn. v. Freeden wird daher hoffentlich allerseits den Beistand finden, auf welchen es aus nationalen sowohl als aus rein practischen und geschäftlichen Rücksichten Anspruch hat.

(H. N.)

zugt sei, daß die Stadt auch andern Männern, wie v. Humboldt, Boeckh ꝛc. das Ehrenbürgerrecht verliehen habe, welche mit der Stadt fast gar keine Beziehung gehabt hätten. Das Resultat des Beschlusses war die Ablehnung des Antrages, und wenn wir recht unterrichtet sind, haben die Stadträthe Hagen, Runge, Gilow, Krug, Degenkolb, Reichenheim, Schneider, Magnus, Friedberg, Zelle, Gesenius, v. Hennig, Hoffmann, Wilken und Stadtbaurath Meyer **gegen**, der Bürgermeister Hedemann und die Stadträthe Risch, Duncker, Harnecker, Schreiner, Pohle, Gerstenberg, Noht, M. Meyer, Noeldelchen und Loewe **für** die Verleihung des Ehrenbürgerrechts gestimmt. (Andere Blätter berichten, daß auch geltend gemacht sei, daß der Magistrat nach Auffassung der gegenwärtigen Regiernng sich mit keinem solchen Antrage befassen dürfe.)

— Die „Post" meldet, daß in der vorgestrigen Sitzung das Staatsministerium die Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer und die Einführung einer Inseratensteuer beschlossen hat.

— Das neueste Heft der „Preuß. Jahrbücher„ bringt aus der Feder Heinrich v. Treitschkes eine längere Abhandlung über die Norddeutsche Bundesverfassung, an deren Schluß er seine eingehenden Auseinandersetzungen in folgender Weise kurz resumirt: „Indem wir die Verfassung im Ganzen überschauen, können wir uns nicht begnügen mit dem selbstverständlichen Worte, daß das Beschlossene Achtung und Unterordnung verlangt, noch mit der mattherzigen Versicherung, der Tadel gegen einzelne Punkte berechtige nicht zur Verwerfung des Ganzen. Wir müssen rundweg die Ueberzeugung aussprechen: Diese Verfassuug ist der Markstein des größten Fortschritts, den das politische Leben der Deutschen je vollzogen hat; späte Geschlechter werden einst das Andenken des ersten deutschen Reichstages segnen und seine verblendeten Gegner belächeln. Wir Männer der nationalen Partei haben allzulange unsere Feder tauchen müssen in Zorn und Bitterkeit; auch jetzt noch finden wir nur schwer jenen Ton ruhiger, besonnener Zuversicht, der einer aufsteigenden Nation, wie unablässig jene schöpferischen Kräfte, die der Krieg entfesselte, weiter bauen an dem deutschen Staate, das wird uns abermals bekräftigt durch die Schutz- und Trutzbündnisse und die jüngsten Zollvereinsverträge mit Süddeutschland. Die Brücke über den Main ist geschlagen. Wir kennen diese Zollvereins-Verträge noch nicht näher, und wissen noch nicht zu sagen, ob die Regierungen des Südens im Stande sein werden, den gesunden freihändlerischen Zug unserer Zollpolitik zu hemmen. Von unzweifelhaftem Segen aber ist die Theilnahme süddeutscher Abgeordneten an den Zollverhandlungen des Parlaments. Wenn dadurch für den Augenblick der regellose Bau des Norddeutschen Bundes noch unförmlicher erscheint, so wird er in der Zukunft um so einfacher sich gestalten: wir haben jetzt die Gewißheit, daß der Norddeutsche Bund sich erweitern wird zum deutschen Bunde. Wie die Trennung des Südens von dem Gemeinwesen der Nation allein bewirkt ward durch die Schuld der Süddeutschen selber, so kann auch die Versöhnung nur erfolgen durch das Durchbrechen der besseren Erkenntniß im süddeutschen Volke, und diese Umkehr wird unzweifelhaft erfolgen, sobald man im Süden unser Parlament kennen lernt. Die Zeit ist gekommen, da dem Deutschen erlaubt ist, das Höchste zu hoffen. Das große Wort „deutsches Königthum" ist noch nicht ausgesprochen. Aber der gesegnete Tag rückt näher, da vor diesem verheißenden Klange jeder Widerstand verstummen muß und der Spruch sich erfüllt, der dem Adler Preußens zuruft: „einst trägst du noch den goldenen Reif, Scepter, Schwert vom heilgen Reich." —

— Die unter dem 21. d. Mts. erlassene Cabinetsordre in Betreff der Urlaubsertheilung an Mannschaften des Beurlaubtenstandes nach überseeischen Ländern wird in den Kreisen der Kaufleute und Gewerbetreibenden einen um so bessern Eindruck machen, als seit Jahren eine solche Maßregel von letzteren gewünscht wurde. Die letzte öffentliche Verhandluug fand im preußischen Abgeordnetenhause am 27. Juni 1862 bei der Vorlage des mit Japan geschlossenen Handels-Vertrages statt. Der Abg. Schmidt (Randow) wies damals darauf hin, daß die ersten Geschäftsverbindungen in transatlantischen Ländern von jungen Männern angeknüpft würden, wie dies namentlich Hamburg beweise. Neben der Gunst der Lage, dem Reichthum der Stadt, der Unternehmungslust des Platzes hob derselbe besonders die Thätigkeit junger Kaufleute hervor, welche in überseeischen Ländern die Handelsverhältnisse kennen lernten und ihre Erfahrungen für ihre Vaterstadt nutzbar machten. Auch vom Rhein, der Ostsee beabsichtigten junge Männer nach den ostasiatischen Reichen zu gehen, denen aber die Militärverhältnisse hindernd entgegentreten. Es bleibe zu wünschen, daß die jungen Männer nicht durch Auswanderung für immer der Heimath sich entzögen, sondern in der erhalten Verbindung mit dem Vaterlande auch als Preußen für preußische Interessen arbeiten. Zu diesem Zweck empfehle sich, allen militairpflichtigen jungen Männern in transatlantischen Gegenden auf Grund eines Consulatszeugnisses bis zum 23. resp. 24. Jahre einen Aufschub zu gewähren — ebenso Reservisten und Landwehrmännern nach geleisteter Militärpflicht Zugeständnisse für einen bleibenden Aufenthalt in überseeischen Ländern zu machen. Der Finanzminister v. d. Heydt erwiederte auf diese Worte, daß er schon früher in seiner Stellug als Handelsminister die Aufmerksamkeit des Kriegsministers auf diesen Gegenstand gelenkt habe, und solle unbeschadet der allgemeinen Wehrpflicht auf Erleichterunn eines Aufenthaltes in transatlantischen Gegenden Rücksicht genommen werden; jedoch hat es 5 Jahre bedurft, ehe die in der Cabinetsordre veröffentlichten Zugeständnisse gemacht sind.

— J. M. die Königin Auguste verweilt auf Schloß Windsor, bis die Königin Victoria nach Osborne geht, reist dann auf dem Rückwege zu einem mehrtägigen Aufenthalte nach Paris, um dem kaiserlichen Hofe einen Besuch zu machen, wohnt dort im preußischen Botschaftshotel und kehrt am 18. Juli nach Coblenz zurück.

Nordhausen, den 21. Juni. Gestern Abend traf hier der Civilgouverneur der Provinz Hannover, Frhr. von Hardenberg, in Begleitung des Landdrosten von Bülow ein, um sich heute nach dem benachbarten Flecken Ilfeld (Hannover) zu begeben und dort die Klosterschule bis auf Weiteres aufzulösen. Das freche, demostrative Auftreten mehrerer Schüler während der Anwesenheit des Geh. Raths Wiese aus Berlin zur Revision der Anstalt gegen Ende vorigen Monats und die übergroße Nachsicht der Lehrer soll zu dieser energischen Maßregel Veranlassung gegeben haben. Man erzählt sich u. A., daß die Schüler am Revisionstage in großer Anzahl mit weißgelben Halsbinden auf die auffälligste Art demonstrirt und daß einzelne Burschen sogar dem Herrn Revisor auf die an sie gerichteten Fragen den Rücken zugekehrt und nichts geantwortet haben. Die Disciplin an dieser reich dotirten und zumeist von den Söhnen des hannoverschen Adels besuchten Anstalt ließ schon seit Jahren viel zu wünschen übrig.

Oesterreich.

— Wie die „Bohemia" berichtet, ist in Königgrätz und Umgegend eine förmliche Russomanie ausgebrochen; Alles lernt Russisch.

Provinzielles.

Elbing. Am Sonnabend fand hier in der Bürger-Ressource unter Vorsitz des Herrn Oberbürgermeister Phillips eine Versammlung der Wähler der Fortschrittspartei statt. Am nächsten Sonnabend findet eine zweite Versammlung statt, in welcher die Constituirung eines Wahlcomités zum Reichstage näher besprochen werden soll.

Königsberg, den 22. Juni. Zu dem im Juli d. J. hier stattfindenden Provinzial-Sängerfeste dürften, nach den bisher hier eingegangenen Nachrichten, etwa 800 Sänger zu erwarten sein. Nach dem Sängerfeste wird die Provinzial-Lehrer-Versammlung und nach dieser das 150jährige militärische Jubelfest unseres hier garnisonirenden dritten Cuirassier-Regiments, genannt „Graf Wrangel," stattfinden.

Verschiedenes.

Iserlohn, den 15. Juni. [Unglück.] Durch Explodiren einer Flasche Sprengöl verunglückten in vergangener Nacht auf dem hiesigen Galmey-Tiefbauschacht „von Hövel" fünf Bergleute. Zwei wurden sofort getödtet, die übrigen schwer verletzt.

— [Die Lachs-Speculanten in Drontheim], schreibt die „Throndhjem Avis, haben jetzt angefangen, frischen Lachs in Kasten mit Eis auszuführen. So wurde z. B. am 7. d. M. mit dem Dampfschiff „Finnmarken" eine bedeutende Partie südwärts abgeschickt.

— Am letzten Pfingstfeiertage — so erzählt die „Ger. Ztg." — fand in einer berliner Kirche eine recht heitere Scene statt. Dicht um das Taufbecken gedrängt, standen wohl gegen hundert Personen, um Zeugen bei der Taufe einer ganz beträchtlichen Anzahl von Kindlein zu sein. Einem der Pathen, der einen kräftigen Jungen über die Taufe halten mußte, wurde während der ziemlich langen Taufrede so heiß, daß ihm der Schweiß in Strömen von der Stirn rann. Er wendete sich deshalb an die neben ihm stehende Hebeamme, indem er ihr durch Blicke und Bewegung bemerklich zu machen suchte, daß sie ihm das Kind abnehmen solle. Die weise Frau verstand diese Zeichen aber falsch, glaubte, der Herr Gevatter habe das dringenste Bedürfniß, sich die Nase zu putzen, nahm daher ihr Taschentuch und bearbeitete damit die ziemlich lange Nase des hilflosen Pathen gerade so, als ob sie einen kleinen, schmutzigen Jungen vor sich habe. Der Herr suchte sich und seine arme Nase natürlich dieser Reinigung zu entziehen und machte in Folge dessen so komische Bewegungen, daß die nächste Umgebung der Beiden, dann endlich aber auch der taufende Prediger den bei dieser feierlichen Handlung erforderlichen Ernst nicht mehr aufrecht erhalten konnten.

Lokales.

— **Se. Königl. Hoheit der Kronprinz**, welchen die Bewohner Thorns i. J. 1855 und 1863 zu begrüßen die Ehre und die Freude hatten, traf heute, d. 25. d. Morg. um 7½ Uhr auf dem Bahnhofe Thorn ein, wo die Spitzen sämmtlicher Behörden zum Empfange des Erben der von Gott gesegneten Krone der Hohenzollern anwesend waren. Nachdem Se. Kgl. Hoh. auf dem Exercierplatze bei Dybow das Kgl. Inf.-Reg. Nr. 61 bataillonsweise — der eigentliche Zweck seiner Anwesenheit in Thorn — inspizirt hatte, begab Höchstderselbe sich gegen 11 Uhr nebst Gefolge in die Stadt, deren Straßen, namentlich die, welche Se. K. Hoh. passirten, mit Laubgewinden ꝛc. festlich und anmuthig geschmückt waren, besichtigte die Brückenkopfskaserne sowie das Militär-Lazareth und fuhr dann nach dem Hôtel de Sanssouci, wo das von dem Höchstdemselben gegebene déjenné dinatoire statt hatte, zu dem außer den Spitzen der Behörden noch andere Personen eine Einladung erhalten hatten. Gegen 3 Uhr Nachm. verließ **Se. K. Hoh. unsere Stadt und begab sich nach Inowraclaw.**

Die Begrüßung des Kronprinzen seitens der Bevölkerung bekundete die herzlichste Freude. Die Straßen, sowie der altstädt. Markt, welche Höchstderselbe passirte, waren von Menschen dicht gefüllt, welche in den jubelnden Hurrahruf ausbrachen, sobald sie des hohen Gastes ansichtig wurden, welchen außerdem aus den Fenstern ein Regen von Blumensträußen überschüttete. Es herrschte heute eine andere, gehobenere und hoffnungsvolle Stimmung als am 1. und 2. Juni 1863, wo Se. K. Hoh. auch unsere Stadt besuchte. Wie damals der Presse verstummen mußte, so bedrückte auch der tiefste Schmerz die Herzen ob des Vaterlandes inneren Zustandes und seiner Zukunft. Wir leben heute nach dem Jahre 1866, zu dessen für unseres engere, wie weitere Vaterland, so glückliche Ereignisse der Kronprinz so wesentlich beigetragen hat, und wenn auch nicht alle Wünsche, welche ein Deutscher und ein ganzer Mann für die Freiheit und Einheit seines Vaterlandes hegt, in Erfüllung gegangen sind, so ist doch viel, sehr viel seitens unserer Regierung durchgeführt, was uns mit Vertrauen und guten Muthes in die Zukunft blicken läßt. Kurz, die Stimmung ist eine von gerechtfertigtem Stolze gehobene und freudig erregte, und so gab sie sich auch bei der Begrüßung des geliebten und hochverehrten Kronprinzen kund.

Von denjenigen unserer Mitbürger, welche die Ehre hatten in persönliche Berührung mit dem hohen Gaste zu kommen, wurde uns viel erzählt von seiner echt herzlichen Leutseligkeit und das Herz sofort gewinnenden Liebenswürdigkeit.

Zu dem vorerwähnten déjenné dinatoire Sr. K. Hoh., welches aus 43 Gedecken bestand, hatten, wie wir nachträglich erfahren, die Ehre außer den Spitzen der Behörden geladen zu sein die Herren: der Landtagsabgeordnete Weese, den leider Krankheit behinderte der Einladung Folge geben zu können, die beiden Vorsteher der Stadtv.-Vers. Justizr. Kroll und Kaufmann Adolph, ferner Stadtrath Rosenow, Kfm. und Färbermeister Giraud sen., Generalarzt a. D. Dr. Telke, und von der Kreisvertretung Elsner-Papau, Oberamtmann Kühne, v. Kries-Slawkowo, Wentscher-Rosenberg, v. Wolff-Gronowo, Rafalski-Czychoradz.

— **Genossenschaftswesen.** Sitzung des Unterverbandtages der posenschen und westpreußischen Grenzkreise am 25. d. Mts. im Schützenhaussaale. Vertreten war der hiesige Vorschußverein durch die Herren: H. Schwartz, Heins, Schirmer, Werner, Schmiedeberg, Reinicke sen., Delvendahl, Groß, Heuer, Mallon, Behrensdorff, der von Nakel durch Herrn Kfm. Zippert, der von Inowraclaw durch Herrn Nelte, der von Briesen durch die Herren Apotheker Thümmel und Uttecht, der von Gniewkowo durch die Herren Cesar und Rupinski. Der Strasburger Vorschußverein war unvertreten. Die Anwaltschaft der Vorschußvereine vertrat Herr Parisius-Gardelegen.

Herr H. Schwartz wurde zum Vorsitzenden, zum Stellvertreter Herr Werner, zum Schriftführer Herr Schirmer, zum Stellvertreter Herr Groß gewählt, warauf der Erstgenannte einen Bericht über die Lage des Verbandes und die Thätigkeit des zeitigen Direktors abstattete. Zum Direktor des Unterverbandes wählten die Versammelten für das nächste Verbandsjahr Herrn H. Schwartz und zum Vorort Thorn wieder. Das Normal-Statut, welches Herr Schulze-Delitzsch in Folge des Genossenschaftsgesetzes entworfen hat, wurde darauf Abschnittsweise berathen, im Ganzen gutgeheißen und zur Annahme empfohlen. Die beschlossenen unwesentlichen Abänderungen beschränken sich auf Usancen in den bestehenden Vereinen und lokale Verhältnisse. Herr Parisius theilte seine reichen Erfahrungen aus den Verbandtagen mit, namentlich die erfreuliche und große Betheiligung auf dem Verbandtage zu Insterburg a. 20.—22. d. Mts. Zu Ehren des genannten Gastes hatte nach beendeter Sitzung um 3 Uhr Nachm. ein gemeinsames Festmahl in Marquart's Hôtel zum schwarzen Adler statt.

— **Deutsche Ortsnamen.** Im Kulmer Kreise ist auf Antrag der Besitzer dem selbstständigen Gute Gregorsz der deutsche Name „Falkenstein," dem selbstständigen Gute Gdzyk die deutsche Benennung „Rabenhorst" beigelegt worden.

— **Zu den Reichstagswahlen.** Die Frage, ob sich die polnischen Wähler an den nächsten Reichstagswahlen betheiligen sollen, oder nicht, wird in der hiesigen polnischen Zeitung mit Interesse pro et contra diskutirt. Die Redaktion derselben ersuchte einen, wie sie sagt, sehr einflußreichen Gutsbesitzer in Westpreußen um seine Ansicht über jene Frage und erhielt von ihm folgende höchst bemerkenswerthe Antwort. Meine Ansicht und die der Kreise, in welchen ich verkehre — so schreibt der der Besagte — ist die, daß es zweckmäßig in jeder Beziehung ist, polnische Vertreter wie im Landtage, so im Reichstage zu haben. Wenngleich die Unsrigen (die polnischen Vertreter) in Berlin für die nationale Sache Nichts erwirken werden, so mögen sie dort anwesend sein, wenn auch nur um dann und wann das Gewissen der Deutschen anzuregen. Da aber die Anwesenheit unserer Vertreter im Reichstage nun nicht so unbedingt nothwendig ist, als vor Erhebung des Protestes gegen unsere Einverleibung in den norddeutschen Bund, so ist es erforderlich Rücksicht zu nehmen auf unsere ärmeren und abhängigen Wähler, damit sie nicht wieder materielle Nachtheile seitens ihrer Brodgeber zu leiden haben. Dieses Motiv, daß sei hier bemerkt, wurde in einer früheren Zusendung an beregter Zeitung als ein gewichtigstes für die Nichtbetheiligung polnischerseits an den Wahlen angeführt. Das Einvernehmen der Vertrauensmänner der Wahlbezirke unter sich muß uns weisen, wo wir bezüglich der Mittel unserer Gegner, unseren Abgeordneten sicher und ohne sonderliche Schwierigkeit durchbringen können, dort, meine ich, muß unbedingt gewählt werden; wo eine solche Sicherheit betreffs der Wahl sich nicht herausstellt, da wird es am vortheilhaftesten sein sich der Wahl zu enthalten.

— H. **Zur Chaussee Schönsee-Gollub.** Der Bau dieser Zweig-Chaussee der großen chaussirten Handelsstraße Thorn-Neidenburg ist seit drei Jahren in Angriff genommen, aber wird trotz ihrer Bedeutung für den diesseitigen Handelsverkehr mit Polen und die Erwerbsfähigkeit der Bewohner des sehr herabgekommenen Städtchens Gollub so langsam betrieben, daß von der Zweig-Chaussee erst etwa ⅛ Meile chaus-

sirt und der übrige Theil planirt ist. Bis znm 1. Oktober soll der Bau vollendet sein, aber daran ist nicht zu denken, da an demselben 5—6 Menschen zur Zeit beschäftigt sind. Unter diesen Verhältnissen wird die Chaussee auch noch nicht im Frühjahr nächsten Jahres ausgeführt sein. Solchen Thatsachen gegenüber ist jede Bemerkung überflüssig.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 18½ pCt. Russisch-Papier 18 pCt. Klein Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 25. Juni. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 27 Zoll 11 Strich. Wasserstand 7 Fuß 9 Zoll.
Den 26. Juni. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 8 Fuß 4 Zoll.

Inserate.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**